



DEUTSCHER  
FRAUENRAT

## Pressemitteilung

Berlin, 25. Juni 2017



### Aktiv für Demokratie und Frauenrechte

**Rechtspopulismus und Antifeminismus bedrohen hart erkämpfte Frauenrechte. Wird die Freiheit von Frauen in Frage gestellt, wird die freiheitliche Demokratie angegriffen. Deshalb erwartet der Deutsche Frauenrat von der Politik, Rechtspopulismus rechtzeitig als Gefahr für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erkennen und fordern zu entschlossener Gegenwehr auf.**

Mit einer Resolution zur Verteidigung von Demokratie und Frauenrechte hat der Deutsche Frauenrat heute seine zweitägige Mitgliederversammlung beschlossen. Darin fordert die Frauenlobby im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 alle KandidatInnen der demokratischen Parteien auf, sich für eine konsequente lebenslauforientierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik für Frauen und Männer stark zu machen und im Falle ihrer Wahl umzusetzen.

„Die Demokratie ist längst nicht so sicher, wie wir geglaubt haben“, warnte die neue Bundesfrauenministerin Katerina Barley in ihrem Grußwort an die Delegierten des Deutschen Frauenrats. Mit Blick auf rechtspopulistische und -extreme Bewegungen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und darüber hinaus sagte sie weiter: „Wenn Frauenrechte angegriffen werden, trifft das jede und jeden, es ist ein Angriff auf die Demokratie.“

„Sicher geglaubte Rechte von Frauen stehen wieder zur Disposition. Der Deutsche Frauenrat erkennt diese Gefahr. Wird die Kategorie „Gender“ diffamiert und zu einem ideologischen Feindbild erklärt, wird die Basis unserer Gleichstellungspolitik angegriffen.“ Mit diesen Worten hatte Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, die Fachveranstaltung „Keine Alternative zur Demokratie. Strategien gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus“ eröffnet. Damit war am 23. Juni, dem Vortag der Mitgliederversammlung, in das Thema eingeführt worden. Die Resolution ist ein Ergebnis dieser Konferenz.

[Die Resolution im Wortlaut](#)

